

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30. M., vierteljährlich 90. M., halbjährlich 180. M., jährlich 360. M. — Die 11paltige Nummer kostet 7. M., außerdem Sachsende 8. M. Familien-Anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsanzeigen, 11paltige An- und Ver-kaufe die Seite 3. M., Bezugsgebühren laut Tarif. Unveränderte Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 1.50 M., Sonntagsausgabe 2. M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marktplatz 38/40. Druck u. Verlag von Tresp & Reichardt in Dresden. Postfach-Konto 1068 Dresden.

Verantwortlich: Richard Drescher. Druckerei-Nummer 25241. Nur für Nachdruck: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unveränderte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Bücher · Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Deutscher Weinbrand
Scherer Original
Langen
d. Frankfurt a. M.

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Eis — Eisgetränke

Die Widerstände gegen die Anleihe.

Frankreichs weitgehende Ansprüche.
London, 2. Juni. Der gutunterrichtete Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet: Informationen über die Aussichten auf eine internationale Anleihe deuten darauf hin, daß die Beratungen des Bankierausschusses in Paris sich einem kritischen Zeitpunkt näherten. Die Hindernisse auf dem Wege zu einem Uebereinkommen treten mit peinlicher Deutlichkeit zutage. In maßgebenden Kreisen zeigte sich ein gewisser Pessimismus. Diese pessimistische Stimmung bedeutete, daß die wirklichen Schwierigkeiten erkannt worden seien. Es werde alles versucht, um eine feste Grundlage für die Anleihe zu finden; selbst wenn eine kleine Anleihe in Betracht komme, würde sich die internationale Lage bessern. Deutschland werde in der Lage sein, seine Verpflichtungen auszuführen und sich wiederherzustellen. Frankreich werde andererseits eine gewisse Befriedigung seiner Ansprüche erhalten. Wenn jedoch die Verhandlungen zusammenbrechen, sei eine allgemeine Vertimmung der europäischen Beziehungen zu erwarten. Die Antwort Frankreichs auf die Einladung nach dem Haag werde möglicherweise von einer Art Enttäuschung abhängen, die sich zeigen werde, wenn die Ergebnisse der Pariser Unterredungen bekannt würden. Für den Augenblick zeigte sich der Bankierausschuss vollkommen befriedigt von den Bedingungen, die zur Sicherung gegen die Insolvenz Deutschlands vorgegeben und von der Berliner Regierung angenommen worden seien. Der schwache Punkt sei, daß Deutschland behauptet, ohne eine auswärtige Anleihe nicht in der Lage zu sein, selbst einen herabgesetzten Betrag zu bezahlen, ohne dauernd die nichtgedeckten Geldausgaben zu vermehren. Dies sei aber gerade das, was die Alliierten entschlossen seien, nicht zuzulassen. Die Reparationskommission wolle sich, ausgenommen, daß für den Fall, daß eine Anleihe verfügbar sei, Deutschland das Recht haben solle, seinen Zahlungen einfach durch die Ausgabe von Papiergeld nachzukommen. Nur wesentliche Kompensationen könnten die Franzosen veranlassen, weiteren Opfern zuzustimmen. Es sei klar, daß eine verhältnismäßig geringe Summe nicht genügen werde, um von den Franzosen zu erlangen:
1. eine Aufgabe ihrer Rechte auf Deutschlands Eigentum zugunsten der Unterzeichner der Anleihe;
2. eine Preisgabe ihrer Rechte, militärische Mittel in letzter Linie anzunehmen.
Frankreich stehe aber anscheinend der Lastfrage gegenüber, daß es, so bereit es auch sei, irgendeine Art verbindendes Uebereinkommen anzunehmen, seine Ansprüche auf Wiedererstattung der Summe nicht aufheben könne, die es bereits für die Reparationen ausgab. Der Berichterstatter schließt: Ueberraschende Wendungen könnten möglicherweise innerhalb der nächsten Tage erwartet werden. (W. T. B.)

Die Anleihe, eine Falle für Frankreich.
Paris, 2. Juni. „Leit Parisien“ nennt die internationale Anleihe eine Falle und Gefahr für Frank-

reich, doch wird aus Kreisen des Komitees darauf hingewiesen, daß weder zum Pessimismus noch zum Optimismus vorläufig ein bestimmter Anhalt vorliegt, daß die Verhandlungen weiter gehen und daß niemand bisher über die Einzelheiten der Besprechungen unterrichtet worden ist. Alles, was bisher von französischen und amerikanischen Zeitungen über die Verhandlungen gesagt wurde, beruht auf Kombination oder Meldungen, die zu bestimmten Zwecken in die Öffentlichkeit lanciert werden sollen.

Die Pause in den Anleiheverhandlungen.
Berlin, 2. Juni. Wie das „Nacht- und Morgenblatt“ berichtet, haben sich die Verhandlungen der Bankierkonferenz vorläufig zerlegt, wenn man auch offiziell nur von einer achtstägigen Vertagung spreche. Der Grund der Vertagung sei darin zu suchen, daß der Kampf zwischen dem Komitee Morvan und der französischen Regierung schärfere Formen angenommen habe. Die Bankiers seien von dem Grundlag ausgegangen, daß eine Anleihe an Deutschland nur gewährt werden könne, wenn die Reparationslasten herabgesetzt würden. Diese Ansicht werde aber von den Franzosen nicht beakzeptiert. Sie wären höchstens bereit, die Frage des internationalen Schuldenausgleichs in Betracht zu ziehen. Die Bankiers wollten nun den Ausweg beschreiten, vorläufig nur eine kleine erste Anleihe aufzutreiben. Es ergebe sich aber sofort eine neue Schwierigkeit und zwar in der Frage der Verteilung unter den einzelnen Reparationsgläubigern. Während der acht Tage, die die Bankierkonferenz nunmehr ansieht, sollen die Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen fortgesetzt werden. Es sei aber unwahrscheinlich, daß sie zu einer Lösung des Problems gelangen.

Die Vorbedingungen der Anleihe.
Paris, 2. Juni. „Le Matin“ behält die Meldung des „Matin“, daß der internationale Bankierausschuss seine Sitzungen für acht Tage unterbrochen habe und daß in der Zwischenzeit Erhebungen bei den Regierungen veranlaßt werden sollen. Das Blatt gibt als Vorbedingung für das Zustandekommen der internationalen Anleihe die Notwendigkeit der Lösung der folgenden vier Fragen an: Internationalisierte Schulden, Rückkehr zum Goldstandard, Reparationen, Niederanfrage normaler Wirtschaftsbeziehungen. (W. T. B.)

Berlin als künftiger Sitz des Garantiefomitees.
Paris, 2. Juni. Nach dem „Journal“ wird das Garantiefomitee nächste Woche seinen Sitz endgültig nach Berlin verlegen. Die Reparationskommission wird nach dem gleichen Blatte in der nächsten Zeit eine neue Mitteilung an die deutsche Regierung richten, in der sie die Organisation der Finanzkontrolle aus einandersehen wird.

Die sächsische Gemeindereform.

Große Reformen können einmal notwendig werden, wenn sich in den bisherigen Zuständen derartige Mängel und Mängelstände herausgestellt haben, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes von der Notwendigkeit der Abstellung dieser Mängel überzeugt ist. Sie können durch grundlegende Veränderungen der Staatsidee und der Verfassung als berechtigt erscheinen oder für wirklich große und fortschrittliche Ideen, wie die des Freiherrn vom Stein vor hundert Jahren, den geeigneten Rahmen schaffen. Aber lediglich die Tatsache, daß unsere heutige Zeit wesentliche Mängel mit der aufweist, in der nach dem preussischen Zusammenbruch von 1806 Freiherr vom Stein seine für die ganze Welt bahnbrechenden Ideen der gemeindlichen Selbstverwaltung durchzuführen begann, ist noch kein Beweis dafür, daß heute grundlegende Gedanken auch nur von annähernd gleichwertiger Bedeutung vorhanden sind, wenn auch in Preußen, Sachsen und anderen Bundesstaaten an einer Neuordnung der Gemeindeverfassung gearbeitet wird. Und die bisherigen fünf preussischen und drei sächsischen Entwürfe zu einer Umgestaltung der Gemeinden zeigen uns die eine betrübende Tatsache, daß ihr Ziel nur dahin geht, die parteipolitischen „Grundschaften“ auf das allerunterste Objekt, auf unsere blühenden Gemeinden, zu übertragen, ohne zu berücksichtigen, wie sehr man damit die Grundlage aller Staatlichkeit untergräbt. Den Anforderungen der Staatsumwälzung von 1918 haben die Gemeinden auf Grund der Reichsverfassung längst Rechnung getragen, indem überall das allgemeine Wahlrecht sogar bis zu einer Altersstufe von 20 Jahren herab eingeführt ist, in der der Wähler nach bürgerlichem Recht noch nicht einmal mündig ist. Ueberall herrscht die auf Grund dieser Wahlen gebildete Gemeindevertretung, und so könnten für das neue große Reformwerk lediglich Mängel der bisherigen Ordnung nachgehoben werden. Wie es mit denen aber bestellt ist, hat Oberbürgermeister Blüher im Landtage treffend mit der Anfrage des Bürgermeisters der englischen Großstadt Birmingham, wie es käme, daß die deutschen Städte um 10 bis 20 Jahre in der Entwicklung voraus sind, bewiesen. Oberbürgermeister Blüher hat dieses Blüher der deutschen Städte in seiner Antwort auf die Vertagung der Städte durch das deutsche Berufsbeamtentum zurückgeführt, das im Gegensatz zu den englischen, alljährlich wechselnden ehrenamtlichen Gemeindebeiräten eine voraussetzende und stetige Entwicklung gewährleistet.

Gerade diesem Berufsbeamtentum und den übrigen Grundlagen der vorbildlichen Verfassung der deutschen Städte und Gemeinden aber muß der neue Entwurf durch Schematisierung und Parteipolitikierung der ganzen Gemeindeverwaltung den Boden entziehen. Und wenn heute bürgerliche Parteien und Fraktionen gegen ihn scharf Stellung nehmen, so ist es ein Verdienst des Oberbürgermeisters von Arnolds-Hoppe im Ministerium des Innern, wenn er in einer in diesen Tagen im Verlag von G. Heinrich, Dresden, „Zur sächsischen Gemeindereform, Kritik und Aufbau“, als anerkannter Sachmann eine klar und einleuchtend verfaßte Schrift herausgibt, in der er die Grundlagen zu einem sachlichen Verständnis der noch weit auseinandergehenden Meinungen bietet. Er geht von dem unanfechtbaren Grundgedanken der Selbstverwaltung und der politischen Freiheit aus, erörtert das Für und Wider des Entwurfs, und daß er dabei mit klarer Begründung und unter Heranziehung von Verordnungen mit dem Ausland in der Hauptsache zu grundsätzlicher Mißbilligung kommt, spricht keineswegs für die sächsischen Reformpläne. Die Hauptbedenken richten sich für ihn dabei gegen die Kernstücke des ganzen Entwurfs, die Durchführung des Einkammersystems, die Untergrabung des Berufsbeamtentums und die Stellung der Ausschussmännchen.

Die Wege der sächsischen Gemeindeverfassungsreform sind reichlich verflochten. Er verbietet einmal die Einführung des durchaus bewährten Einkammersystems der aus der napoleonischen Zeit kommenden Bürgermeistereiorganisation, die auf der alleinigen Verantwortlichkeit des Bürgermeisters gegenüber den Stadtverordneten begründet ist, während die Verordnungen des Bürgermeisters als seine Untergebenen keine Verantwortung tragen. Diese Verfassung gewährt ein hohes Maß von Einseitigkeit und Einflucht und hat zweifellos auch gute Erfolge gebracht. Ebenowenig behagt der sächsische Regierung die demokratische Ratsverfassung, die in Sachsen fast allgemein eingeführt ist. Hier leitet der von den Stadtverordneten aus selbstverantwortlichen Sachleuten gewählte Rat — der Bürgermeister ist hier ein Gleicher unter Gleichen — unter eigenem Beschlußrecht die Verwaltung und führt die Beschlüsse der Stadtverordneten aus. Ministerpräsident acht eigene genutzene Wege, die sich in der Praxis als ungangbar erweisen müssen. Er acht von dem Grundgedanken der Einheitsgemeinde und der Einkammersverfassung aus, stellt aber dem Gemeindeverordnetenkollegium als endgültig allein beschließender Körperschaft den je nach Wunsch der Gemeinden verschiedenen Gemeinderat gegenüber. Dieser kann — bei kleinen Gemeinden — aus dem Bürgermeister allein be-

Poincarés Sieg in der Kammer.

Das Vertrauensvotum mit 484 gegen 100 Stimmen.
Paris, 2. Juni. Die Kammer hat der Regierung mit 484 gegen 100 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. (W. T. B.)

Der Schluß der Interpellationsdebatte.
Paris, 2. Juni. Die Kammer beendete heute die Interpellationsdebatte über die Außenpolitik der Regierung. Abg. de Magallon vom Mars-Sanguinier entgegen, da nach seiner Ansicht die Deutschen, von denen Sanguinier gesprochen habe, eine geringe Minderheit bildeten. Der wahre Geist, der in Deutschland herrsche, sei der Geist der Revanche und des Imperialismus.
(Von links wird dem Redner zugerufen: Das ist Ihre Schuld!) Magallon erklärt, daß Frankreich gegenüber dem gefährlicher werdenden Deutschland schweigen müsse.
Der Führer der Demokraten, Herriot, stellt fest, daß bis heute Millerand, Venque und Briand über die Anwendung des Friedensvertrages, der die Quelle aller Opfer niemals sei, verhandelt hätten, daß aber trotz aller Opfer niemals Garantien erteilt worden seien. (Lachen ruft dazwischen: Es bleibt uns in das Recht, die Befestigung des Luken Abenteurers zu verlangen!) Herriot erwidert: Der geschriebene Vertrag sei voll von Versprechungen, habe aber grausame Enttäuschungen gebracht. Er geht alsdann auf die Konferenz von Genoa über, von der er sagt, daß sie Schiffsbruch erlitten habe, weil sie nicht den für den Wiederaufbau Europas notwendigen versöhnlichen Geist gebracht habe. (Die Rechte unterbricht Herriot fortgesetzt. Der Abgeordnete droht mit Aufhebung der Sitzung.) Schließlich kann Herriot weiterreden und stellt fest, daß die Haltung Rathenaus in Genoa tadelnswert gewesen sei, daß aber auch die anderen Nationen nicht alles Wünschenswerte getan hätten, damit die Konferenz zu einem guten Ergebnis führe. Haben wir Franzosen selbst das anboten gewußt, was Europa notwendig hat? Haben wir einen positiven Arbeitsplan gemacht? Ich glaube nein. Das Reparationsproblem und die Wiederherstellung des Friedens können unmöglich außerhalb eines positiven demokratischen Programms erreicht werden. Eine weitgehende euro-

Die Lage im ober-schlesischen Aufruhrgebiete.

Neue polnische Gewalttaten.

Heute, 2. Juni. Mit Gasmitteln, Handgranaten und Revolvern bewaffnete Banden erschienen in der Marienkolonie bei der Radzionkgrube, wo Beamte dieser Grube und der Kohlenwerke wohnen. Mehrere Beamte wurden mit Handeln. Der Gasmittelinspektor Cibrik erst litt Verletzungen. In Ochelnitz überfielen gestern Abend bewaffnete Banditen die Häuser von Szpota. Der Frau wurde durch einen Schuß die Schädeldede zertrümmert. Der Mann ist gestochen. (W. T. V.)

Überfall auf Schloß Pilgramsdorf.

Pfah, 2. Juni. Auf das Schloß Pilgramsdorf im Kreis Pfah, dessen Besitzer der Vorsteher des deutschen ober-schlesischen Volksbundes zum Schutze der Minderheiten, Karl Freiberger v. Reichenstein, ist, wurde in der vergangenen Nacht ein Überfall verübt. Um 11 Uhr morgens wurden die eisernen Tore des Schlosses von Banditen, die mit Gewehren und Revolvern bewaffnet waren, eingeschlagen. Die Banditen kletterten dann in das Schloß, wo sie einen Knecht des Besitzers, einen Studenten, verprügelten. Ein Bruder des Besitzers, Oberst A. D. Freiberger von Reichenstein, der sich den Banditen entgegenstellte, wurde schwer mißhandelt, so daß er dienstunfähig zu Boden stürzte und den Verlust eines Auges zu beklagen hat. Als der Oberst am Boden lag, jag die Bande wieder ab, ohne etwas zu rauben. (W. T. V.)

Interalliierte Truppen für die bedrohten Gebiete.

Oppeln, 2. Juni. Wie von zünftiger Seite verlautet, hat die Interalliierte Kommission der Vertretung der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie je ein englisches und ein italienisches Bataillon in die bedrohten Gegenden Oberschlesiens schicken werde. (W. T. V.)

Gegen Bandenwesen und Pressezensur.

Kattowitz, 2. Juni. Die Vertreter der deutschen und der polnischen Presse und der Gewerkschaften Oberschlesiens nahmen heute zu den Ereignissen im Industriegebiet Stellung und beschlossen einstimmig, für die Bekämpfung und Ausschaltung jedes nationalen, politischen und religiösen Terrors sowie für strenge Unterdrückung des Bandenwesens zu wirken. Gleichzeitig erhoben sie die Forderung, daß die im Zusammen-

hang mit dem Belagerungszustand von der Interalliierten Kontrollkommission verhängte Zensur aufgehoben wird, da diese die Presse in ihrer Arbeit für die Beruhigung und Auslösung des Volkes hart behindere. (W. T. V.)

Die Neuregelung des Verkehrs in Oberschlesien.

Breslau, 2. Juni. Die ober-schlesischen Blätter veröffentlichen eine Uebersicht über die für die Zeit nach der Uebergabe beschlossene Regelung des Verkehrs im ober-schlesischen Grenzgebiet. Danach kommt beim Güterverkehr ein sogen. Wechselkurs in Anwendung. In Heutchen und Annaberg sind sogen. Doppelbahnhöfe, einer für Deutsch-Oberschlesien und einer für Polnisch-Oberschlesien, eingerichtet worden. Für den Verkehr von Deutsch-Oberschlesien nach Polnisch-Oberschlesien gilt die deutsche Verkehrsordnung. Die D-Lüge von und nach Kattowitz werden über Hindenburg geleitet, nicht mehr über Königshütte, da die neue Grenzlinie derart verläuft, daß, wie in Westpreußen, auf der Strecke von Heutchen über Tarnowitz-Vubitz ein polnischer Eisenbahnkorridor entsteht und für den Durchgangsverkehr sogen. geschlossene Wagen geführt werden müssen. Was das Zollwesen betrifft, so können vom Tage der Uebernahme für die Dauer von 15 Jahren alle natürlichen Erzeugnisse, wie Getreide, Feldfrüchte, Sand, Steine usw., von Deutsch-Oberschlesien zollfrei eingeführt werden. Halbfabrikate, die schon vor dem 21. November 1921 in Deutschland verzollt waren, und für die jetzt an Polen fallenden Gebiete bestimmt sind, dürfen sechs Monate nach erfolgter Uebernahme zollfrei eingeführt werden. Alle anderen Fabrikate unterliegen dem Zoll. In umgekehrter Weise wird der Verkehr mit natürlichen Erzeugnissen und Selbstfabrikaten ebenso geregelt. Weiter können aus Polen Fertigfabrikate nach Deutschland drei Jahre lang zollfrei eingeführt werden, jedoch nur entsprechend den Mengen, die in den Jahren 1911 bis 1913 ausgeführt worden sind. Personen, die seit dem 1. Januar 1921 dauernd ihren Wohnsitz in den Grenzgebieten haben, erhalten Verkehrsarten, die an Stelle der Legitimationskarten treten. Für den Verkehr im Grenzgebiet ist beschlossen worden, daß sowohl auf deutscher, als auch auf polnischer Seite in einer Entfernung von 5 Kilometer Arbeiter, Handwerker, Landwirte, Metzger usw. umgeben ihrem Beruf nachgehen können, sofern sie im Besitze einer Grenzkarte sind.

Wegen, zumeist aus dem Bürgermeister und einem oder zwei Gemeindevorständen, die nicht Gemeindevorstände sein dürfen, und dritten — in größeren Gemeinden — aus einer Körperschaft von Bürgermeistern und ehrenamtlich oder berufsmäßig angestellten Gemeindevorständen, über die der Bürgermeister die Aufsicht führt. Dieser Gemeindevorstand hat sein selbständiges Beschließrecht mehr neben den Stadtverordneten, dort aber gelegentliche Beschlüsse nicht auszuführen. Mit Recht bezeichnet Oberregierungsrat Doppel diese Verfassung als eine ziemlich künstliche Konstruktion, die von einer Einheitsverfassung wohl einigermaßen weit entfernt ist. Es braucht hier nicht besonders auf die Vorteile der jetzigen Verfassung hingewiesen zu werden, die in der doppelten sorgfältigen Beratung jeder Angelegenheit und in dem dadurch geschaffenen Regulativ gegen Beschlüsse durch Zufallsmehrheiten oder unter dem Einfluß parteipolitischer Sonderbestrebungen liegen. Die Parteipolitisierung der Gemeindevorstände durch die allmächtigen Parteien wird in den Gemeinden noch weit verbreiteter wirken, als es jetzt schon durch die Wahl- oder Einstimmenmehrheit im Landtage geschieht. Es ist hier unmöglich, die sachlichen Gründe und Einwände Oberregierungsrat Doppes anzuführen. Man muß sich aber mit seiner Feststellung einverstanden erklären, daß das sogenannte Ein-Stimmigkeitens das jetzt bereits in den Landgemeinden besteht, durchaus empfehlenswerter ist, für alle die Verwaltungen, die ein Bürgermeister ohne besondere Nationalität noch zu haben vermag, ebenso wie seine Behauptung durchaus berechtigt ist, daß die jetzige deutsche Stadtverfassung die beste ist, weil sie zugleich ein Höchstmaß politischer Freiheit und die vollkommenste Verwaltung gewährleistet. Best man aber die jetzige Verfassung, mit Ausnahme einiger einfacher Verwaltungsgeschäfte, in die Hand der Gemeindevorstände, so ist das eine gefährliche Form der Politisierung der Verwaltung, da die Stadtverordneten abhängig sind von der Wucht der Wählerkraft, während der Rat unabhängig ist.

Die jetzige Unabhängigkeit des Rates und besonders des Bürgermeisters soll aber gleichzeitig abgeschafft werden, indem man eine Wahl auf Lebenszeit verbietet. Id gegenüber der zwölfjährigen Amtszeit des preussischen Enten nur eine Wahlzeit von sechs Jahren zuläßt. Diese Forderung des Regierungsvorstandes gibt der erwähnten Schrift Veranlassung, die Frage des Berufsamtentums und seines Wertes für die Gewinnung einarbeiteter Kräfte und die Steigerung der Entwicklung einleitend zu behandeln. Es ist einfach undenkbar, daß beherrschte Beamte in reiferen Jahren, um die es sich für größere Städte allein handeln kann, in großer Zahl in den kommunalen Verwaltungsdienste kommen werden, wenn sie alle sechs Jahre vor der Gefahr stehen, nicht wiedergewählt zu werden und ihre Erziehung zu verlieren, zumal ihre Stellung dann nicht aus ihrer Tätigkeit, sondern von den mehr abwärts knappen und leicht wechselnden Parteimehrheiten abhängt, wie sie der Landtag und die Mehrzahl der Städte gegenwärtig aufweisen. Das Wahler, daß sie nach sechsjähriger Amtszeit auf vier Jahre und nach zwölfjähriger Amtszeit lebenslanglich die Hälfte ihres letzten Dienstverdienstes beziehen, kann die Kaufbahn nicht reizvoller machen. Ein größerer Anreiz für tüchtige Verwaltungsleiter könnte sonst vielleicht noch in einer sehr hohen Bezahlung liegen. Die aber ist durch das Besoldungsgesetz ausgeschlossen, und so werden mehr und mehr jüngere Kräfte oder Parteigünstlinge in die Verwaltung einziehen, zumal für die Bürgermeister und Gemeindevorstandsmitglieder keine Ausbildung mehr vorgeschrieben ist. Es genügt die Tatsache, daß jemand 25 Jahre alt ist, um zum Bürgermeister gewählt zu werden. Es genügt auch, wenn ein einziger Jurist im Gemeinderat sitzt! Man hat ein wirklich befähigtes Kräfte und die Abhängigkeit der Bürgermeister von den knappen und wechselnden Mehrheiten ist die Folge derartig kurzfristiger Maßnahmen auf Kosten der Entwicklung der Gemeinden, die damit dauernd den schwersten Erschütterungen ausgesetzt werden.

Nicht weniger Gefahren für die Gemeinden birgt das ungewisse Schicksal der Amts- und Kreishauptmannschaften, die zwar vorläufig bestehen bleiben sollen. Die endgültige Entscheidung darüber wird aber erst in dem in Vorbereitung befindlichen Verwaltungsvertrag ausgeprochen werden, in dem der Minister bestimmt offenbar noch dieser ersten Teil den entscheidenden Schlag gegen die bewährte, aber ihm mißliebige lokale Verwaltung führen will. Vorderrand rechnet man jedoch jetzt schon mit dem künftigen Wegfall der Bezirksverbände und der Amtshauptmannschaften, die allmählich durch kreisweises Zusammenziehen der Gemeinden in „Gesamtgemeinden“ überflüssig werden sollen. Dabei muß die Einzelgemeinde ihr blühendes Eigenleben an die Gemeindegemeinden aufgeben, die die Träger der Selbstverwaltung werden. Die bisherigen Gemeinden sind aber allein die natürlich gewachsenen Körperlichkeiten, die sich nur in den allerersten Fällen durch bürokratische Formeln zu etwa 25000 Einwohner zählenden Gesamtgemeinden zusammenschließen werden. Diese Paragrafen dürften alle Kuffa bilden bleiben, und das Problem der Hebertragung der Selbstverwaltung für die gesamte erstinstanzliche Verwaltung wird darum nicht gelöst.

Es ist leider unmöglich, der vorzähligen und leicht orientierenden, dabei vollkommen sachlichen Schrift in allen Gedankengängen nachzugehen und ihre einschneidenden Veränderungen wiederzugeben. Was aber aus ihr hervorgeht, ist die große Gefahr, die heute über der vorzähligen Entwicklung anderer Gemeinden schwebt, in die Tatsache, daß der Entwurf nicht nur keine Fortsetzung der großen steinernen Ideen, keine Erweiterung der Selbstverwaltung gibt, sondern daß er nur eine neue Art Bewährtes zu erschlagen und Parteipolitik über die Gemeinde herrschen zu lassen. Man kann wohl mit der berechtigten Zweifelhimmlichkeit dem Lande eine derartige Vorlage aufzwingen, man kann aber auf die Dauer diese großen Gefahren nicht verheimlichen. Ihre Kenntnis muß jedoch ins Volk dringen, damit es sich gegen sie wehren kann, sie muß neben den ausgearbeiteten Revolutionsentwürfen zu einer der schärfsten Waffen in dem bevorstehenden Volksentscheid werden. Denn niemals kann es der schließlichen Bevölkerung gleich bleiben, wenn man aus parteipolitischen Interessen in rücksichtsloser Vernichtung des Mittelwärtigen die Grundlagen des Staates ins Wanken bringt. Man die Regierung versuchen, in überheblicher Verleumdung des Entwurfs das Land noch vor dem Volksentscheid vor vollendete Tatsachen zu stellen, so müssen eben die Revue dafür sorgen, daß ein solcher verhängnisvoller Schritt nicht erst wirksam wird.

Der Reichsstädtebund gegen die Not der kleinen Städte.

Leipzig, 2. Juni. Die Mitgliederversammlung des Reichsstädtebundes nahm zwei Entschließungen an: Sie fordern im Hinblick auf die katastrophale Lage der kreisangehörigen Städte infolge ihres Anwachsens der Kreisabgaben eine sofortige Milderung des Landessteuergesetzes, eine den gesteigerten Ausgaben der Städte entsprechende wirklich ausreichende Ueberweisung von Steueranteilen und Steuerquellen unter Beibehaltung des Zuschußsystems. Ferner wird verlangt, durch eine sofortige Reform des Kreis- und Provinzialabgabensystems und eine gerechte Verteilung der Provinzial- und Kreisabgaben auf die städtische und ländliche Bevölkerung eine Ueberladung der Städte mit Kreisabgaben zu beseitigen. In der zweiten Entschließung wird die Befreiung der Untereisenbahn in der Behandlung der Städte von über und unter 10000 Einwohnern bei Erhebung und Verwendung der Wohnungsabgabe gefordert. Ferner wurden Vorschläge angenommen, wonach die Realsteuern in vollem Umfang den Gemeinden zu überlassen sind. Eine wirksame Grundsteuer für Stadt und Land soll eingeführt werden. Die Höhe der Gewerbesteuer sollen entsprechend dem allgemeinen Weltwert gestaltet werden. Materielle sollen auch die freien Berufe und Land- und Forstwirtschaft nicht einseitig herangezogen werden. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Bad Dargburg bestimmt. (W. T. V.)

Amerikas Befriedigung über die Belagerung der Reparationskrisis.

London, 2. Juni. Die „Times“ meldet aus New York, daß in dortigen Kreisen große Befriedigung über die Ueberrückung der deutschen Reparationskrisis ausgebrochen wurde. Man sei der Ansicht, daß die baldige Lösung der gesamten Reparationsfrage erhofft werden könne. (W. T. V.)

Amerika prüft Europas Wirtschaftsverhältnisse.

London, 2. Juni. Neuter meldet aus Washington, daß Robert Michael Friedman morgen mit der „Olympic“ nach Europa fahren werde, um auf Erlauchen des Präsidenten Harding eine eingehende Prüfung der geschäftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf den britischen Inseln und dem Festlande anzustellen. Ein Bericht werde der amerikanischen Regierung unterbreitet werden. (W. T. V.)

Die Regelung der Schulden bei Amerika.

London, 2. Juni. Wie Neuter erzählt, hat die britische Regierung bis jetzt über die Entsendung einer Sonderkommission nach Washington zu Verhandlungen über die britische Schuld mit den Vereinigten Staaten noch keinen Beschluß gefaßt. Es sei indessen endgültig beschlossen worden, die Schuld zu zahlen, die sich auf 25 Millionen Pfund Sterling belaufen, im Herbst zu bezahlen. Die Vorschläge hierzu seien bereits getroffen worden. Wie man glaubt, liege es in der Absicht der Vereinigten Staaten, die Verhandlungen über die Forderung der alliierten Schulden zuerst mit Großbritannien als dem Hauptschuldner zu führen. Die Verhandlungen mit den anderen Ländern sollen dann nach diesem Muster geführt werden. (W. T. V.)

Die Begegnung zwischen Lloyd George und Poincaré.

Paris, 2. Juni. Nach einer Depeschmeldung aus London wird die Begegnung zwischen Lloyd George und Poincaré nicht in Genueve, sondern in London stattfinden. Poincaré habe heute vormittag mitteilen lassen, daß er die Einladung für den 10. Juni annehme. (W. T. V.)

Sterlinghaufe in New York.

New York, 2. Juni. (Durch Funkspruch.) Das erwartete deutsche Moratorium, die deutsche Anleihe und ferner die damit in Zusammenhang zu bringenden großen deutschen Kredite in England verursachten heute eine verstärkte Nachfrage nach Sterling. Der Kurs stieg bis auf 44 1/2, der höchsten Notierung seit dem Kriege. (W. T. V.)

Die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.

Berlin, 2. Juni. Entgegen anderweitigen Mitteilungen erfahren wir, daß neue Schritte wegen des Abschusses eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrages nicht vorliegen.

Das französisch-spanische Wirtschaftsabkommen.

Paris, 2. Juni. Wie dem „Temps“ aus Madrid gemeldet wird, soll der Abschluß des französisch-spanischen Wirtschaftsabkommens nunmehr unmittelbar bevorstehen. Die Beschleunigung der Unterzeichnung soll auf ein königliches Dekret zurückzuführen sein, das am 1. Juni veröffentlicht wurde und das bestimmt, daß vom 2. Juni ab alle Waren, die aus London kommen, deren Kurs um mindestens 70 Prozent im Vergleich zur spanischen Währung gefallen ist, erhöhte Einfuhrzölle zahlen müssen.

Der Entente-Pferdehandel.

Lauf Friedensvertrag stehen der Entente Pferdezuweisungen zu. Frankreich und Belgien machen aus dieser Friedensbedingung ein einträgliches Geschäft. Es ist festgestellt, daß von uns an die Entente abgelieferte Pferde wieder an deutsche Händler verkauft werden, natürlich zu bedeutend hohen Preisen, und auf diese Weise Pferde bereits zweimal vom Reiche abgeliefert worden sind.

Die Erbitterung der Slowaken gegen die Tschechen.

Prag, 1. Juni. Der Führer der katholischen Slowaken, Florer Hlinka, hat einen Aufruf an das slowakische Volk gerichtet, in dem er dieses zur Selbsthilfe gegen die Tschechen auffordert. Die Demolierung des Parteibüros der slowakischen Volkspartei in Preßburg durch Tschechen habe bewiesen, daß man Gleiches mit Gleichem vergelten müsse. „Schon haben“ schreibt Hlinka, „die Slowaken in Podzemec die tschechischen Aufschriften abgerissen und in den Fluß geworfen, womit sie bewiesen haben, daß in der Slowakei das Slowakische, nicht aber das Tschechische Amtssprache ist. Wir dürfen keine tschechischen Kräfte und Buchstaben. Die Slowaken müsse slowakisch verwaltet werden, und wer in der Slowakei Dänen und andere Vortelle haben will, der muß zuerst Slowakisch lernen.“

Die Getreidewirtschaft im bairischen Ministerrat.

München, 2. Juni. Der Ministerrat besaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Beschluß der Landesbauernkammer zur Frage der Getreidewirtschaft, der nach Form und Inhalt sich als Mischrausenslandgebung gegen den Landwirtschaftsminister Wühlhofer darstellt. Da sich der Ministerrat mit dem Landwirtschaftsminister solidarisch erklärt hat, ist somit allen Befürchtungen einer politischen Krise der Boden entzogen. Bezüglich der Getreidewirtschaft für 1922 kam der Ministerrat zu dem Ergebnis, daß zur Sicherung der Brotversorgung der Bevölkerung auch aus der Getreiderente 1922 eine bestimmte Menge Weizengetreide in öffentliche Hand gebracht werden müsse. Auf jeden Fall soll verkauft werden, auf dem Wege der Verhandlungen zu einer Regelung der Getreideversorgung im Sinne der freiwilligen Ablieferung durch die Landwirtschaft zu gelangen. Mit den Einzelheiten des Reichsgetreidegesetzes und den bairischen Vorschlägen hierzu wird sich der Ministerrat in nächster Zeit befassen. (W. T. V.)

Der schweizerische Gesandte beim Reichspräsidenten.

Berlin, 2. Juni. Der Reichspräsident hat heute den neuernannten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der schweizerischen Eidgenossenschaft Gaston Carlin zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfang war Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau zugegen. (W. T. V.)

Die österreichische Kreditermächtigungsverlage.

Wien, 2. Juni. In der heutigen Sitzung des Nationalrates brachte der Finanzminister Segur die Kreditermächtigungsverlage ein, in der die Regierung einen Betrag von 787 Milliarden Kronen fordert. Dies ist der Nettobetrag des Kredits, welcher der Regierung Schöder nicht bewilligt wurde. Der Finanzminister entwickelte hierbei die Grundzüge seiner Amtsführung, an deren Spitze der Grundsoh unbedingter Sparmaßnahme stehe. Der Bevölkerung würden schwere Opfer auferlegt werden müssen, sie habe aber auch das Recht, stets die Wahrheit zu hören. Sie dürfe überzeugt sein, daß vom Finanzminister keine Ueberraschungen geplant seien. Mit der heute eingebrachten Kreditermächtigung werde man wegen der Entwertung der Krone und der dadurch bedingten Steigerung des Personal- und Sachaufwandes wohl kaum reiden. Der Minister schloß mit der Erklärung, daß er durchdrungen sei vom Glauben an die Lebensfähigkeit des Staates, dessen Bevölkerung die Lebensbedürftigkeit abgeben werden müsse.

Das neue finnische Kabinett.

Helsingfors, 2. Juni. Der Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch des Ministeriums Bennola bewilligt und eine neue Regierung ernannt, die bis nach den Abgewählten die Geschäfte führen soll. Vom bisherigen Kabinett ist nur der Wehrminister Jalkanen geblieben. Minister des Inneren wurde der Gesandte in Paris, Gustaf, Finanzminister der Direktor der Finnländer Bank, Grafen, Landwirtschaftsminister der Generaldirektor der Forstverwaltung, Professor Cajander, der außerdem das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt.

Die Faschistenunruhen in Bologna.

Bologna, 1. Juni. Durch Faschisten, die aus verschiedenen Gegenden, namentlich aus Ferrara nach Bologna gekommen waren, sind Unruhen hervorgerufen worden. Telegrammzentralen wurden zerstört und einige Häuser angezündet, in denen Sozialisten wohnen. Besonders richtet sich der Haß der Faschisten gegen die Genossenschaften, denen mehrere Häuser in Brand gesetzt wurden. (W. T. V.) Bologna, 2. Juni. Die in Bologna verarmten Faschisten unterziehen einem eigenen Militärkommando und sind kraft diszipliniert. Auf Sonnabend und Sonntag wurde die Zusammenkunft von 50000 Faschisten aus der Umgegend angelegt. Der Generaldirektor des Sicherheitsdienstes hat in Bologna Verordnungen erlassen, um neue blutige Zwischenfälle zu verhindern. Der Anmarsch der Faschisten hat bereits begonnen.

Die Ausichten für ein Kabinett Riffi.

Rom, 2. Juni. Angesichts des Ueberstehens der faschistischen Bewegung, die in Bologna den Charakter des Terrors annimmt, beschloß die parlamentarische Fraktion der Sozialdemokraten, nur für ein Ministerium zu stimmen, das Freiheit und Recht gegen den Faschismus verteidigt. Nach Verhandlungen soll es nicht ausgeschlossen sein, daß wieder ein Kabinett Riffi zur Regierung gelangt. In Turin hatte die „Stampa“ die Faschistenpartei als die größte und eigentliche Gefahr Italiens bezeichnet. Daraufhin bemächtigten sich Faschisten einiger Postautos mit 20000 Nummern der „Stampa“ und verbrannten sie.

würdigkeiten auf dem Spielplan, von denen an erster Stelle der Winter Opern Alltags zu nennen ist, der in kurzer Zeit eine Menge von Gestalten aus der Geschichte und der Gegenwart mit ständiger Aktualität vorführt. Vor allem auch jene Typen — Friedrich der Große — die ohne Zuhilfenahme von Veränden und Werten dargestellt werden, sind ganz ausgezeichnet. Auf großer Interzelle steht Daumars Schiller, der im Jahr-Verweilender der Neuworfer Politik, der an vielen praktischen Beispielen die Kunst der Selbstüberwindung zeigt. Auch wer schon oft Gelegenheit hatte, Dandredresuren zu sehen, wird sich an den Leistungen der großen Schar von Dandredresuren Freunden freuen. Wollig neu für Dresden aber sind die dreifachen Wirtstänzen; die großen weißen Vögel bilden beim Spiel mit ihrer Weiskerin und an verschiedenen Werten einen entzückenden Anblick. Mit Spannung folgen die Zuschauer dann den unvollständigen Produktionen Marinos auf ihrem schwanenartigen Schiffsmotiv und der Duros-Compagnie, „zwischen den Wäldern des Stahlwerks“. Das sind die Hauptpunkte aus dem Programm, aber auch die anderen Darbietungen, so die eleganten Reifenspiele Rigas, die Klettereien des „Affenenmenschen“ Masolo, das lustige musikalische Vorprogramm der Duros-Compagnie, der Kontakt der Schweißler Lorenz usw., sind hohen Lobes wert. Man kann sich nur freuen, daß es der Direktion trotz der stillen Jahreszeit wieder gelungen ist, ein artistisches Programm zusammenzustellen, das auch den größten Anforderungen genügen muß.

Die neue Filmwoche. Das Prinzeh-Theater Metet das Schauspiel „Schatten der Vergangenheit“ mit Erich Kaiser-Fix, Gertrud Felder und Ernst Wolmann in den Hauptrollen, außerdem das Lustspiel „Vosche-Woman“ mit Leo Peckert. — Die Tochter der Verführten, nennt sich das Großstadt-Drama, das mit Reinhold Schünzel, Mia Pawlow, Carl Niederbach und Grete Weizler in den Hauptrollen am 1. Juni im Schauspielhaus vorgeführt wird. — In den U. L. Lichtspielen läuft das Filmwerk „Es waren zwei Königskinder“, Hauptdarsteller sind Lotte Vortina, Clara Roda und Carl de Vogt. — Im Olympia-Theater wird bis zum 15. Juni der zweite Teil des mit großem Erfolg ausgenommenen Films „Der Mäuser der Spieler“ gegeben.

Mitläufer Autoraub. Ein äußerst verwegener Autoraub kam am Freitag in zeitiger Morgenstunde bei Wendisch-Borsdorf zur Ausführung. Vier noch unbekannte Männer hielten in einem Lokal in Dölschitz gezerrt und sich von dort aus am Donnerstagabend nach der Talpferre Maiter fahren lassen. Gegen 2 Uhr morgens wurde die Rückfahrt nach Dresden angetreten. Als das Auto die Wendisch-Borsdorfer Gegend verließ, ließen die Räuber unter dem Vorwand halten, einer der Insassen habe den Hut verloren. Diese Gelegenheit wurde benutzt, den Wagenführer zu überfallen und auch nach dessen zu durchsuchen. Eine solche hatte er nicht im Besitz, das Geld wurde ihm belassen und ihm überdies noch 100 Mk. ausgehändigt. Mit vorgehaltener Schusswaffe wurde der Kraftwagenführer veranlaßt, daß er ja nichts unternehmen dürfe, dann raubten die Autoräuber mit dem Wagen davon. Bei Überdorf erließen sie Motordefekt, ließen den Wagen an der Landstraße stehen und verschwanden in der Richtung nach Rippdorf zu. Am Freitag wurde der beschädigte Kraftwagen nach Dresden zurückgebracht. Landeskriminalspritze und Landgenossenschaft haben zwecks Ermittlung der Autoräuber umfangreiche Ermittlungen angestellt.

Waldarbeiterdienst. Am 1. und 2. Pfingstferien finden früh 8 Uhr bei anhaltender Witterung im Waldpark des Vereins Volkshaus (Zentralbahnhofsstraße) Salzdobler Waldarbeiterdienst. Die Predigt hält am 1. Pfingsten Herr Pastor Abbe, am 2. Pfingsten Herr Pastor Trost von der Martin-Luther-Kirche. — Musikgesellschaft. Am 1. Juni tritt der Verein in Dresden ein und hält am 2. Juni, am 8. Juni abends, und am 11. Juni, am 15. Juni vormittags, den Gottesdienst mit vier Festen und zwei Triosen ab.

Deutsche Volkshausgesellschaft. Von der Ankunft der internationalen Verkehrsbahn in Dresden, sowie von der Gründung der Dresdener Deutschen Volkshausgesellschaft, e. V., zweifelhafte Sachen. Eine am 1. Juni in Dresden abgehaltene Versammlung, die in der Absicht stand, die Deutsche Volkshausgesellschaft zu gründen, wurde durch die Teilnahme von nur wenigen Mitgliedern gescheitert. Die Deutsche Volkshausgesellschaft in Dresden.

Dresdener Volkshaus. In der Pfingstwoche sind in den Stadtheatern die Inszenierungen der nachfolgenden Mitteilungsnummern eintrittsberechtigter. Am 2. Juni, Freitag im Opernhaus (19.15 Uhr): „Die Schöne und das Biest“, am 3. Juni, Samstag im Opernhaus (19.15 Uhr): „Die Schöne und das Biest“, am 4. Juni, Sonntag im Opernhaus (19.15 Uhr): „Die Schöne und das Biest“, am 5. Juni, Montag im Opernhaus (19.15 Uhr): „Die Schöne und das Biest“, am 6. Juni, Dienstag im Opernhaus (19.15 Uhr): „Die Schöne und das Biest“, am 7. Juni, Mittwoch im Opernhaus (19.15 Uhr): „Die Schöne und das Biest“, am 8. Juni, Donnerstag im Opernhaus (19.15 Uhr): „Die Schöne und das Biest“, am 9. Juni, Freitag im Opernhaus (19.15 Uhr): „Die Schöne und das Biest“, am 10. Juni, Samstag im Opernhaus (19.15 Uhr): „Die Schöne und das Biest“, am 11. Juni, Sonntag im Opernhaus (19.15 Uhr): „Die Schöne und das Biest“.

Reiseveranstaltungen. Deutscher Nationaler Wandlungsbund. Der Bund, Zweigverein Johannstadt, Sonntag, den 4. Juni, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 11. Juni, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 18. Juni, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 25. Juni, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 2. Juli, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 9. Juli, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 16. Juli, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 23. Juli, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 30. Juli, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 6. August, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 13. August, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 20. August, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 27. August, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 3. September, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 10. September, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 17. September, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 24. September, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 1. Oktober, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 8. Oktober, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 15. Oktober, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 22. Oktober, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 29. Oktober, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 5. November, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 12. November, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 19. November, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 26. November, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 3. Dezember, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 10. Dezember, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 17. Dezember, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 24. Dezember, Wanderung durch den Gröbenburger Wald. Sonntag, den 31. Dezember, Wanderung durch den Gröbenburger Wald.

Dem Verkehrsverein Sächsischer Heimatschutz in Dresden wurde eine Geldlotterie von 200.000 Loten zu 5 Mk. genehmigt, deren Ziehung vom 20. bis 24. Juni stattfindet. Im allgemeinen Falle sind 100.000 Mk. zu gewinnen, wenn die Prämie von 80.000 Mk. und der erste Hauptgewinn von 40.000 Mk. zusammenfällt. Ferner sind noch 20.000 Mk., 10.000 Mk., 5.000 Mk. zu gewinnen, im ganzen 11.612 Geldgewinne mit 200.000 Mk. Jede Lotterie der Firma Ad. Müller & Co., Leipzig, Brühl 10/11, sowie durch alle sächsischen Lotterieverseiner zu beziehen.

Abwehr. Am Donnerstag gegen Abend ist beim Spinnen von Pelzabdrücken an der neuen Starfkommission der 22 Jahre alte, in Kleinborsdorf bei Wilsdorf wohnhafte Mechaniker D. von einem eisenernen Nagel an der Wölbauer Straße während der Arbeit 9 Meter tief hinabgeschleudert und lebensgefährlich aufgefunden worden. Der 14-jährige Sohn wurde ebenfalls durch die erste Kugel in der rechten Brust und Pleurage verletzt und wurde von dort dem Krankenhaus Friedrichsbad zugeführt.

Morgen bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume geschlossen. Am 2. Feiertag ist unsere Hauptgeschäftsstelle von 11 bis 1/1 Uhr geöffnet.

— Glaucha. Eine Wohnungsbauleihe für alle Einwohner hat die Stadt aufgelegt, um im Wege der Selbsthilfe Landarbeiten von 500 Mk. aufwärts zu erhalten. Man rechnet mit einem Millionen-Ergebnis.

— Leipzig. Am Mittwoch kürzte am Brühl der Schlosser Vortz, der bei dem Abbau eines Feiertagsgeräts beschäftigt war, aus dem dritten Stock auf die Straße, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er einige Stunden darauf verstarb.

— Leiden bei Baun. Zum Gemeindevorstand wurde Volksgel-Oberleutnant Alwin Keller, Baun, gewählt.

— Böbau. Erhebungen haben ergeben, daß im Bezirk der Amtshauptmannschaft Böbau gegen 1100 Personen leben, die ein Monatslohn von noch nicht 200 Mk. besitzen! Um die Not dieser Kernten einzumachen zu lindern, hat die Amtshauptmannschaft Mittel bewilligt, um ihnen das Monatslohn von 200 Mk. monatlich sicherzustellen. In diesem Zweck sind 1 Mill. Mk. ausgeschrieben worden, wovon diesen Personen der Betrag, der ihnen zu diesen 200 Mk. noch fehlt, monatlich gewährt werden soll. Es handelt sich in der Hauptsache um alte Leute, die seinerzeit auf alt waren, um zur Invalidenversicherung zu kommen, um betagte Handwerker, die keiner Versicherung angehören, und um Kleinrentner.

— Mitta. Ein schreckliches Verbrechen fand jetzt durch ein Urteil des Schwurgerichts Reichenberg in Reichenberg eine gerechte Sühne. Angeklagt waren die verwitwete Landwirtin Anna Kassa aus Hennerdorf bei Deutsch-Wabel und der Maurer Wilhelm Tölzer, ebenfalls aus Hennerdorf, wegen Mordes an dem 17-jährigen Knaben, der Wärlinger Martha Kassa. Auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen verurteilte der Gerichtshof die beiden Angeklagten zum Tode durch den Strang.

Pfingstvorfreunden auf dem Markt.

Die sonst so mühsamen Dallen bringen jetzt im Schmude Lichtgrüner Wägen; ein ganzer Wägenwald hat sich an den Türen angefüllt, umwahrt von einem üppigen Flor der buntesten Frühjahrsblüher. Wohl jede Hausfrau, deren Sinn beim Einkauf sonst nur auf materielle Dinge gerichtet ist, greift in diesen Tagen einmal in das Geheimnis der Börse und erhebt zum Pfingstfest einen Strauß dieser duftigen Lenzskinder. Denn: Wenn sich Herz und Mund tun lassen, will das Auge auch was haben! Und Gelegenheit zu einer feiertäglichen Ausgestaltung der Wägelchen bietet sich gegenwärtig dank der günstigen Witterung in Gärten und Gassen. Klein der Reichtum an Frühlingsblühen, die zurzeit die Gärten in der Stadt liefern, ist sehr wertvoll und lobt einen Gang durch die Markthallen. Daß die Preise ebenfalls sehr niedrig gestimmt sind, darf angeklagt der zwei Feiertage nicht wunder nehmen. Tonangebend bei den Grünwarenhändlern ist noch immer der Spargel; sein Preis bewegt sich zwischen 8 bis 10 Mk. Bruchspargel, der entsprechend billiger ist, erhebt sich dem Verhältnis nach weniger. Er scheint in die Konservfabriken abgehoben zu werden. Das beliebte „Leipziger Alertei“ ist bis auf die letzten Schoten bereits auch wieder vergriffen. Die hierzu unentbehrlichen Karotten sind in schmelzender Partie reichlich vorhanden; sie kommen allerdings nur für den besterhaltenen Haushalt in Frage, da das Gebund 15 bis 20 Mk. kostet und man noch das Grün mit in Kauf nehmen muß. Der dritte Bestandteil, die würzigen Morcheln, sind zu 40 Mk. das Pfund nur in kleineren Vöhen zu sehen. Dafür haben sich bereits reichlich die Steinpilze in hervorragenden Exemplaren eingestellt; diese Erfindung schwanken zwischen 17 und 20 Mk. Auch Blumenkohl ist wieder eingetroffen; eine Rolle wird mit 15 bis 20 Mk. angeboten. Manche Hausfrau bevorzugt zu dem Milchgemüse auch jungen Kohlrabi, der gegenwärtige Preis von 6 bis 10 Mk. für eine Rolle dürfte sich bald erheblich verbilligen. Als besonderer Vorkauf seien noch die neuen neuen Kartoffeln erwähnt — Fünfpfennig 12 Mk.!

Auch für den Nachschub hat zu den Feiertagen Mutter Natur Sorge getroffen. Dem Kopfalat, der noch immer wenigstens 1,50 Mk. kostet, haben sich in erhöhtem Maße die Wärlingergrünen zugesellt; ein Exemplar von Pfundschwere stellt sich allerdings noch auf 25 bis 35 Mk. Abgabbar gedeiht neuer wieder in Massen, so daß sich der Fünfpfennig auf 1,50 Mk. und darunter ermäßigen konnte. Auch die Erdbeeren werden dieses Jahr voraussichtlich eine gute Ernte zu verzeichnen haben; vorläufig verlangt man noch für ein Spanischkästchen von etwa 1/2 Pfund Inhalt 30 Mk.; die ersten Kisten, deren Gemisch jedoch sehr fraglich ist, stellen sich gar auf 35 bis 40 Mk. das Pfund. Die ersten grünen Stachelbeeren zum Kompost werden mit 8,50 Mk. feilgeboten.

Die Auswahl in Fleischwaren ist jetzt vor dem Beste außerordentlich reich. Im allgemeinen kann man ein weiteres Anzeichen der Preise beobachten, das bei uns zwischen 1 und 2 Mk., bei Schwein gar zwischen 2 bis 3 Mk., sowie bei Schöpf etwa 2 Mk. beträgt. Rindfleisch hat bis zu 2 Mk. nachgegeben. Der Fünfpfennig für Schinken ist wieder um 8 bis 14 Mk. gefallen. Auch die Fette lassen eine Aufwärtsbewegung von durchschnittlich 2 Mk. erkennen. Geflügel ist wenig vorhanden; neu sind die Perlmalet aufstretenden Gänse, für die 65 bis 68 Mk. das Pfund gefordert werden. Dühner stellen sich auf 35 bis 42 Mk. das Pfund, Tauben auf 18 bis 22 Mk. das Stück. Eier haben bereits wieder den Stand von 4,80 Mk. erreicht.

Die Zufuhren in frischen bewegen sich in mäßigen Grenzen. Ein leeres Feiertagsgericht stellen die Kase dar, die zu 50 bis 60 Mk. im Pfund zu haben sind. Sonst haben zurzeit die Preise durchschnittlich um 1 bis 2 Mk. gegenüber der Vormwoche nachgegeben. Es sollen Seelachs 8 bis 10 Mk., Rotbarsch 9 bis 10 Mk., ebenfalls Robelau und Schellfisch, Rotzungen 11 bis 13 Mk. und Seezucht 13 bis 15 Mk.

Eine kleine Feiertagsfreude erlebt die Hausfrau wenigstens an der Butter, die sich um 4 Mk. verbilligt hat (78 bis 84 Mk.). Im übrigen stehen die sonstigen Markterzeugnisse angesichts des Zuwachses an Grünfuttermittel reichlich hoch im Preise.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen.

Deffentliche unentgeltliche Bedürfnisgelegenheiten für Frauen sind in den folgenden Grundstücken befindlichen Schankwirtschaften vorhanden: Kleine Bräutigasse 5 (Rob. Dübner), Potenzenstraße 28 (Max Oppel), Potenzenstraße 113 (Alma Gausch), Gabelsbergstraße 13 (Richard Ruffani), Schumannstraße 82 (Max Rohner), Blafewitzer Straße 84 (Johanna Köchel), Gerichtsstraße 21 (Camilla Krüger), Steinstraße 2 (Alwin Örnig), Stiftstraße 8 (Carl Köhler), Niedergraben 3 (Max Stengel), Fried-Reuter-Straße 2 (Otto Köhler), Bürgerstraße 53 (Franz Landmann), Dand-Sachs-Straße 14 (Carl Köhler), „Grüne Biere“ in Vorstadt Gruna (Max Verbach), Augustburger Straße 2 (Minna v. Anap), Hartburgstraße 16 (Herm. Triebel), Stadtgraben 12 (Aug. Scholze), Gathof Wöllnig (Karl Köhler), Leudartstraße 2 (Erich Köchel), „Salope“ in Vorstadt Köhlich (Martin Köhler).

Apothekenoffizien zu vergeben. Das Ministerium des Innern hat beschlossen, die Berechtigung zum Betrieb der „Löwen-Apothek“ in Gröblich (Amtshauptmannschaft Großenhain) einem hierzu geeigneten Bewerber für eine Person zu erteilen. Bewerbungen um diese Berechtigung sind spätestens bis zum 12. Juli bei der Amtshauptmannschaft Dresden einzureichen.

Die Lehrerschaft zur Schulleiterwahl.

Vom Verhausschuß des Dresdener Lehrervereins erhalten wir folgende Zuschrift: „Der Direktor Thürmer tritt in Nr. 217 der „Dresdener Nachrichten“ für das ehemalige Direktorat an den Volksschulen ein und vertritt die jetzt gelebte Schulleiterwahl auf drei Jahre. Er vergleicht in seinen Zeilen unsere Volksschule mit der jetzigen höheren Schule. Das muß irrtümliche Folgerungen und Forderungen ergeben. Die Volksschule will gar kein Abbild der jetzigen höheren Schule sein und ist es auch nicht. Beweiskraft nicht er dem Hinweis auf das Fachstundenystem bei. Will sich solche Fachstunden in der Volksschule nötig machen, deshalb, so meint Herr Direktor Thürmer, brauche man zum Ausgleich widerstreitender Fachinteressen auch in der Volksschule wie in der höheren Schule den verantwortlichen Direktor alten Stils. Demgegenüber sei festgestellt, was übrigens erst kürzlich der nicht aus Schulstunden bestehende Vorstand des Sächsischen Gemeindeganges auch hervorgehoben hat: Die höhere Schule der Gegenwart baut sich auf dem Fachlehrerwesen auf; in der Volksschule ist die Erteilung von Fachstunden jedoch nur ein Notbehelf. Ein Notbehelf übrigens, den man von Jahr zu Jahr weniger anwendet. Eine beliebige Dresdener Volksschule zeigte in ihrem Gesamtstundenplan im Jahre 1912/13 (in der Zeit der verantwortlichen Direktoren) in 15 Unterrichtsstunden (zweites Schuljahr) acht Klassen, in denen Fachlehrer tätig waren, im Jahre 1922/23 unter einem auf Zeit gewählten Leiter) unter ebenfalls 15 Unterrichtsstunden nur noch vier mit Fachstunden, die nicht der Klassenlehre erteilt. Ihre Lehrerschaft erstreckt sich auf deren Beteiligung. In elf Klassen unterrichtet dort jetzt nur ein Lehrer. Auch sind die praktischen Folgen, die sich aus der Differenz zwischen Klassenstunden und Lehrerstunden ergeben, nicht so groß, daß von einem die Notwendigkeit der Wiedereinführung des früheren Direktorats fordern Fachstundenbrauche gesprochen werden kann. In der eben erwähnten Schule arbeiten jetzt 35 Lehrkräfte. Drei von ihnen sind über 60 Jahre alt und erteilen daher je 24 Unterrichtsstunden. Sie unterrichten ebenso wie eine Verwaltungshilfe in Mittelklassen, deren jede ebenfalls 24 Stunden wöchentlich unterrichtet hat. Der Austausch der Lehrkräfte, den mancher der Vorklassiker wünscht, kann ganz außer Betracht bleiben. Die Mehrzahl der übrigen Lehrkräfte erteilt wöchentlich 30 Stunden, die meisten Oberklassen haben, abgesehen von den neu eingerichteten Spielnachmittagen, aber ebenfalls 30 Stunden, so daß in der Regel auch jede Oberklasse in nur einer Hand liegt. Obwohl sind auch in ihnen einzelne Stunden als Fachstunden in anderen als des Klassenlehrers Händen, zum Teil die sogenannten technischen Fächer, ab und zu auch Naturkunde. Damit läßt sich aber in keiner Weise die Forderung auf Abschaffung des jetzigen Zustandes der Schulleitung begründen. Zuletzt ruft Herr Direktor Thürmer die gleiche Eitelkeit zur Unterbrechung seiner Forderung herbei — das Urteil der größten Zahl der Fachleute im Lehrerverein gefällt ihm nicht — vor deren Einfluß, ausgeübt durch Elternverwaltungen und Elternräte, er vor drei Jahren nicht genug warnen konnte. Die demokratische Selbstverwaltung der Volksschule ist in erster Linie eine Frage, die die Lehrerschaft zu beurteilen vermag. Daß deren Urteil den früheren Zustand als glücklicher Weise überwunden bezeichnet, ist nicht ihre Schuld. Jetzt will jedenfalls jeder Lehrer für die Führung seiner Klasse sowohl der Vorklasse als auch den Eltern gegenüber selbst voll verantwortlich sein. Zuletzt ein kurzes Wort noch zu der von Herrn Direktor Thürmer befristeten Urteile, die alle drei Jahre wiederholte Lehrerverwahl in die Schule bringen soll. Der Beschluß ist ja gar nicht älter als drei Jahre vorgelesen, das Gesetz gibt nur die Möglichkeit des Beschlusses an die Hand für die Schulen, in denen die sachverständige Lehrerschaft ihn für notwendig hält.“

Zu dem Offenen Brief an den Ministerpräsidenten, den wir in Nr. 224 unseres Blattes vom 14. Mai 1922 abgedruckt haben, schreibt uns der Verhausschuß des Dresdener Lehrervereins weiter:

Nach dem Uebergangsschulgesetz ist der Lehrerschaft an Volksschulen — unbeschadet der Veranlassung ihrer Arbeit durch die staatlichen Bezirksbehörden — die Selbstverwaltung ausgedehnt, und mit Recht. Unterricht, der sich auf erziehungswissenschaftlicher Grundlage aufbaut, ist künstlerische Tätigkeit, die sich nicht in gleicher Weise befristeten lassen läßt, wie manche andere Berufsarbeit. Erziehender Unterricht schweift Lehrer und Schüler zu geistiger Einheit aneinander. Eine besondere Aufsicht aber hindert das Werden dieser Einheit. Uebrigens führen die Kinder und durch sie die Eltern die beste Aufsicht. Und gewissenlos sind auch nicht durch ein Uebermaß an Aufsicht zu bessern. Schon früher sah auch in vielen Fällen der „Ordnungsinspektor“ gar nicht an demselben Orte, z. B. in den Orten ohne Kirche. Das Aufheben des Direktorats in der bisherigen Form — für die äußere Ordnung ist ja der Schulleiter heute auch verantwortlich — war eine notwendige Folgerung aus dem § 9, 4 in der Reglementsvorlage des Uebergangsschulgesetzes: Wahl der Schulleiter auf Zeit. Sonst hätte für Tausende von Lehrern zugunsten von 400 Schuldirektoren nur ein Vorschlagsrecht auf dem Papier bestanden mit zu wenig Sicherheit gegen Schuldirektoren, die in ihrer Arbeit der Selbstverwaltung abgeneigt sind. Wohl hat man früher manchmal vom primus inter pares, vom Ersten unter Gleichen, gesprochen — jetzt klingt es aus dem Offenen Brief anders heraus. Auch im alten Staat war die Ordnungsaufsicht vielfach ein unentgeltlich zu verwaltendes Ehrenamt, durchaus nicht lebenslanglich, und die Entscheidung davon möglich (§ 20 des Schulgesetzes von 1873 und § 57 der Ausführungsverordnung). Auch da waren Schuldirektor, erster Lehrer, Geistlicher nicht unwillkürlich mit der Aufsicht über die Schule, mit der Leitung der Schule betraut. (Erl. zu § 12, 6 und 7, und R. V. § 27). — Und ist denn der „Rechtsbruch“ ein so „unerhörtes Verbrechen“, der nur im neuen Staat möglich sein konnte? Als im alten Staat 1908 die nicht-akademisch gebildeten Vertreter der Seminarlehrer abgesetzt und in ihrer Verbindung gefügt wurden, da hat man sich unseres Wissens in Direktoratenkreisen nicht weiter eregt. Was von rechtlicher Seite sonst hierzu zu bemerken ist, das haben den Direktoren ja unsere Berichte gesagt. Zur wirtschaftlichen Seite hat sich die Lehrerschaft schon oft geäußert und immer betont, sie wünsche, daß Schädigungen ausgeglichen bleiben. Wollen die Direktoren vor Eintritt der Dienstunfähigkeit oder des entsprechenden Alters in den Ruhestand gehen, so mögen sie das mit sich abmachen, die Deffentlichkeit und die Lehrerschaft kann es nicht weiter kümmern. Solange sie aber versuchen, das schwer erregene System der Selbstverwaltung der Schule zu durchbrechen, solange muß die Lehrerschaft im Interesse der Ausgestaltung und Entwicklung der Volksschule ihnen entgegen-treten.“

- Vorschläge für den Mittagsstisch.
1. Pfingstferien: Spargelsuppe; Junge mit Spargelgemüse und Kartoffeln.
 2. Pfingstfeiertag: Eintaufluppe; Fingerebraten mit Aloß.



Distyan

Spezifikum für Gicht, Rheuma, Ischias.

D.-Wagners, ab 1. Juni Schilwegener über Prag.

Für reichsdeutsche Gebiete bedeutende Valutageschäfte.

Ankunft: Norddeutscher Lloyd, Dresden, Prager Straße 49. Zu Haus-jahren ärztlich empfohlen: Platyaner Schwammwörter „PL.-QA“.

— Zu haben in allen Apotheken. —

Rennen

zu Dresden

Pfingst-Sonntag, 4. Juni
nachmittags 2 Uhr

Dienstag, 6. Juni
nachmittags 3 Uhr

An jedem Tag 7 Rennen, insgesamt
572000 Mk. Preise.

Sonderzüge z. Rennplatz ab Hauptbahnhof
12,45, 1,26, 1,36.

Sekretariat des Dresdener Rennvereins.

Renngläser Optiker-Gebrüder **Roettig**
Reinigen u. Justieren von Ferngläsern in eigenen
Werkstätten.

Haupt-Restaurant

Rennbahn Seidnitz

Sonntag, 4. u. Dienstag 6. Juni (1. u. 3. Pfingstfeiertag)

Lokalitäten ab 7 Uhr früh geöffnet.

Warme Speisen ab 9 Uhr früh

Reichhaltiges großes Konditorei-Büfett.

Weine erster Häuser (Stamps Likör-Kiosk).

Küchen: Richard Richter.

Stadt-Geschäft: Kaiser-Café

gegenüber dem Hauptbahnhof.



Zoologischer Garten.

Rinderstube bei Für, Vögel, Vögel, Vögel, Vögel.

Täglich vormittags und nachmittags

Besichtigung des Gartens Paul.

Sonntag, Sonntag und Montag

von 5 Uhr ab

Großes Fest-Konzert

ausgeführt vom Kaufmann-Orchester.



Kaffe Held

15 Winkdrufer Straße 15.

Ab 7 Uhr Künstler-Konzert

Hausmarke mit 20, 30, 40 M.

Pilsener und Münchner Hofbräu.

Div. Eisgetränke.

Thymians Thalia-Theater

Dresdener Thalia-Theater

Für alle Kreise! Die neuen

Hauptstücke

Wittchen und das genügt! Lena und Uebe.

Vorverkauf: Tageskasse u. Residenz-Kaufhaus

Sarrasani

Täglich 7,30 Uhr.

Sonntag und Montag auch 3 Uhr.

Die wunderbare Revue

der Rätsel

and 12 artistische Schauspieler

außerdem 12 Bühnen-Klassen,

die für Dresden vollkommen neu sind.

Vorverkauf: Tageskasse u. Residenz-Kaufhaus

Jahresschau Deutscher Arbeit.

Tanzpalast

„Libelle“

Täglich Große Ballschau

Ball-Orchester unter der Leitung:

Alfred Graichen

Otto Fredersdorf

Richard Gläser.

Fernsprecher Nr. 32131 und 32831.

Direktor F. Müller.

Suche allen Granatschmuck,

Silber-, Gold- u. Platin-Gegenstände,

alle Porzellane usw.

Getreu, Am See 38. Telefon

Nr. 11467.

Limbacher Weinlokal

Altbekanntes

Weinlokal

Johann-Georg-Allee 8

Ecke Carusstr. Tel. 13777

Zur gef. Kenntnisnahme

Meine Weinstuben sind während der Sommermonate Mai
Juni Juli August an Sonn- u. Festtagen erst von nachmittags

6 Uhr an geöffnet!!

Gute preiswerte Weine und Küche

Hauptbahnhofswirtschaft Dresden

Speisesaal Pirna

heute eröffnet

Eine vornehme neuzeitliche Gaststätte

Zugang vom Wartesaal I. Klasse, linke Treppe
oder vom Bahnsteig 3, Treppe B II

Beyer & Bergmann

Restaurant Königs-Diele

An beiden Pfingst-Feiertagen

Mittags-Gedecke und Tafel-Musik

ab 12 Uhr.

Jahresschau Deutscher Arbeit

Ausstellungs-Park, Lennestraße

SAVOY

Das große Juni-Programm

unter Leitung des Herrn Bernhard Springer.

JAZZ-BAND

Kapellmeister Erwin Hentschel mit 4 Künstlern

Beginn 8 Uhr

Täglich 5-Uhr-Tee mit Tanzdarbietungen

Tischbestellungen erbeten.

Fernsprecher Nr. 32131 u. 35331. Dir. F. Müller.

91. Zuchtvieh-Versteigerung

des Verbandes für die Zucht des schwarz-

bunten Tiefenrindes in der Provinz Sachsen

Donnerstag den 8. Juni 1922 11 Uhr vorm.

in Stendal - Viehhalle, am Othobahnhof.

ca. 90 Bullen (12-21 Monate alt)

und eine Anzahl tragende Färsen u. Kühe.

Kataloge kostenlos durch die Geschäftsstelle

Halle o. G., Reilstraße 75, Bernau a. H.

Es werden nur von Banknoten u. Reichsmark

Schecks in Zahlung genommen.

Wegen Nachdruck verboten

einen Löwen zu zeichnen

Ardenner Wallach.

Sicherer letzter Jieher u. voll-

kommen geland.

Erblichgut Mochen

b. Döbeln. Tel. 701.

Fuchstohlen,

1 Jahr, sehr schön, zu ver-

kaufen Heerstraße 3.

7jähr. Fuchstute

zu verkaufen Heerstraße 3.

letzter Jieher. Nur in Dresden

C. Jorich, Dresden-N. 27.

Wilhelmsplatz 4, 2.

GARTEN-SCHLÄUCHE
wieder in Friedensqualität lieferbar
Gummifabrik Reinhardt Leupold, Dresden-A.
Lager: Wettinerstraße 20

1 Möbelwagen,

4 Mir. Polstermöbel, weiß

überhängig, fast preiswert zu

verka. Möbelwerk Leupold,

Reinhardtstr. 20, Dresden.

zu verkauf: 1. 4 Mir. Polstermöbel

2. 1 Herdbuch-Bulle, 10 Mon. alt, neg. Nachdruck

zu verka. Arthur Liebscher,

Waldstraße 12, Dresden.

3. 1 Pferd, Rappweib, 9 J., langsch.,

1,72, lebhaft, unter sehr

garant. preis, zu verka.

Alte, Quer-Allee 50,

Telephon 29.

Belgischer Rotschimmel,

Waldsch. 6 Jahre alt, sehr

neg. Nachdruck zu verka.

Rittergut Großpörsch

bei Jilkau.

zu verkauf: 1 Olden. Rapp-Stute,

7jähr., 170 cm.

1 ung. Apfelschimmel-

Wallach, 12jähr., 170 cm.

Kanzleilehnt Hals

bei Heidebrücke.

Verkauf: Treibberg 99.

Schwere Rotschimmel-

Stute

mit leichter Wamme, ca. 9jähr.,

173 hoch, weiß über., zu verka.

A. Dankeimann & M. b. H.

Niedersieditz.

Starkes Hebelstier,

unter 2 die Maul, verkauft

Spezialhandlung Witten-

berger Straße 28.

Dunkelbrauner Harter

Wallach,

geland u. lebhaft, 8 J. alt,

letzter Jieher, sofort zu ver-

kaufen. F. Schmidt & Co.,

Rebenan 1. G.

Kurhaus Rochwitz

(Inh. Gust. Hancke)

1. Pfingstfeiertag Frühkonzert.

Frühling-Quintett
KLÖTZSCHE-KÖNIGSWALD
Sommer-Tournee
Lied- und Scherz-Quintett
aus der
Dresdener Gärten

Brüchenau-Stadt

„Hotel Bayerischer Hof“ (Post)

Abendkonzert, räumlich gute Ausstattung und Zimmer, vor-

nehmliche personal. Verpflegung mit Zimmer von 10 Mk. an.

Große Landwirtschaft, Jagd und Fischerei.

Busstation durch den Bahnhof Mathias Vaitl.

Bärenfels bei Sipsdorf.

Das in wunderbarer Abenlage gelegene

Hotel Kaiserhof

in bester Umgebung der Gärten ist jedes Mal-

grün gehalten, in dem Wohnen und Ver-

pflegung erstklassig, 20 Min. zur Bahnstation,

ist besonders auch für Herrschaften empfohlen, die

Automobilfahrten bevorzugen. Gut gepflegte

Autos sind durch den Bahnhof zur Höhe.

Preiswertes Angebot.

Pa. Dogn. Oberweitz 1. Div. 17,50 J

2. Div. 15,50 J

3. Div. 13,50 J

4. Div. 11,50 J

5. Div. 9,50 J

Auslandszucker 19,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

3/4 Liter Milch 18,50 J

Exquisit

